

# Britische Grenzkontrollen: Kosten, Ärger und Bürokratie

Die Briten stehen infolge des Brexits vor Lieferengpässen und Problemen mit der Biosicherheit

**K**onsument:innen in der EU erlebten während der Pandemie, dass auch in westlichen Industrieländern Versorgungsengpässe möglich sind – in Deutschland vor allem bei Toilettenpapier und Nudeln. Für Brit:innen hingegen gehören leere Regale in der Obst- und Gemüseabteilung oder Lücken im Wurst- und Käseangebot inzwischen zum Alltag. Aus der EU importierte Lebensmittel werden in Zukunft teurer – sofern sie denn überhaupt noch zu haben sein werden.

Was bereits seit 2021 für den Export von Waren aus Großbritannien gilt, trifft jetzt auch für EU-Importe zu: Pflanzliche und tierische Produkte benötigen Gesundheitszertifikate und an der Grenze gibt es physische Kontrollen. Die britische Regierung hat Importkontrollen mehrfach verschoben, weil die entsprechenden Kontrollstationen erst gebaut werden mussten. Angesichts der geltenden EU-Standards dauerhaft auf Importkontrollen zu verzichten, wäre zwar äußerst praktisch, würde aber gegen Richtlinien der Welt Handelsorganisation WTO verstoßen. Nach dem Brexit sind EU-Staaten „Drittländer“, für die dieselben Regeln gelten müssen wie beispielsweise für Import aus Ländern in Asien oder Afrika. Der Kontrollpunkt für Dover, dessen Bau 147 Millionen Pfund gekostet hat, ist inzwischen fertig: Sevington, 35 km vom Hafen entfernt, bietet Stellfläche für 1.700 LKW. Ab dem 30. April werden aus der EU ankommende LKW nicht mehr im Hafen kontrolliert, sondern sollen Sevington direkt anfahren. Kontrolliert werden zunächst Waren, die nach Ansicht der Behörden ein „mittleres“ oder „hohes“ Risiko aufweisen.

## Freie Fahrt für Fleischschmuggler

Bereits Anfang des Jahres schlug Lucy Manzano, die Chefin der Hafenbehörde in Dover, Alarm. Aus Sorge, die afrikanische Schweinepest könne aus der EU nach Großbritannien eingeschleppt werden, habe man im September 2023 mit Stichprobenkontrollen begonnen und innerhalb von nur drei Monaten 66 Tonnen Fleisch beschlagnahmt, das teilweise weder verpackt noch gekühlt war. Mit der Verlagerung der Kontrollen nach Sevington befürchtet Manzano katastrophale Folgen für die Biosicherheit. Es sei wohl nicht anzunehmen, dass Schmuggler sich freiwillig dort melden würden.

Importeure sind nicht minder entsetzt. Tom Southall von der „Cold Chain Federation“, einem Verband von Unternehmen der Logistikindustrie, geht davon aus, dass in den EU-Staaten kaum jemand über die anstehenden Änderungen informiert ist, und fürchtet, dass viele Firmen angesichts der zusätzlichen bürokratischen Anforderungen einfach nicht mehr nach Großbritannien liefern werden. Der britische Verband der Fleischverarbeiter sieht Probleme bei den EU-Veterinären, die die tiergesundheitlichen Zeugnisse ausstellen müssen. Die Kapazität sei schon jetzt viel zu gering, am Wochenende sei kein Termin zu bekommen. Bislang genügte die innerhalb der EU vorgeschriebene Dokumentation, zusätzliche Zertifikate waren nicht notwendig. Importe müssen bei der zuständigen britischen Kontrollstelle 24 Stunden vor ihrem Eintreffen angemeldet werden. Noch ist nicht klar, ob Sevington rund um die Uhr oder nur an Wochentagen geöffnet sein wird. Selbst im besten Fall wird es Staus und Verzögerungen geben – was eine Verringerung der Haltbarkeitszeit der Waren bedeutet.

## Kostenexplosion

Beim Import aus der EU über Dover wird für jede Charge eine Gebühr zwischen 20 und 43 Pfund fällig, bei mehr als fünf Warenlinien in einem Gebinde wird die Gebühr auf 150 Pfund begrenzt.

Welche Kosten die zusätzliche Bürokratie verursacht, haben britische Firmen vorexerziert, die bereits seit 2021 entsprechende Bedingungen für Lieferungen in die EU erfüllen müssen. Nahrungsherstellern entstanden Mehrkosten in Höhe von 170 Millionen Pfund. Dazu kommen die Kosten für zusätzliches Personal und neue IT-Systeme.

Britische Firmen können es sich nicht leisten, den EU-Markt zu verlieren. Für die meisten EU-Firmen hingegen ist der britische Markt so klein, dass sich der Export nicht lohnt. Besonders für Hersteller kleiner Mengen hochwertiger Lebensmittel stehen Kosten und Gewinnmargen in keinem Verhältnis.

## Karenzzeit für Gemüse

Importe von Obst und Gemüse bleiben noch bis Oktober von den neuen Einfuhrbedingungen verschont. Riverford ist eine von Landwirten gegründete Firma, die inzwischen wöchentlich



Am Hafen von Dover ist nicht genug Platz für Kontrollen

Foto: Hawkwood/pixabay

rund 65.000 Bio-Gemüsekisten an Haushalte in England liefert. Besonders im Frühjahr ist man auf Partnerfarmen in Spanien, Italien und Frankreich angewiesen. Dale Robinson ist für die Lieferketten zuständig. „Bisher galt für Obst- und Gemüseimporte die Risikostufe ‚gering‘. Im Januar wurde beides in die Gruppe ‚mittleres Risiko‘ hochgestuft, jedoch mit dem Zusatz: zu behandeln wie Risikostufe ‚gering‘“, sagt Robinson. Das heißt, auch für Obst- und Gemüse wird es pflanzengesundheitliche Kontrollen geben. Die Frage ist, ab wann. Nach ersten Berechnungen werden die nötigen Kontrollen allein in Dover Riverford zusätzlich 1.000 Pfund pro Woche kosten. Auch wenn bis Oktober noch ein paar Monate Zeit sind, sieht Robinson nicht, wie die Ausstellung der notwendigen phytosanitären Zertifikate in den EU-Ländern funktionieren kann. Die Anbauer liefern ihre Waren an einen Exportthub, wo sie zu größeren Gebin-

den für das jeweilige Zielland zusammengestellt werden. Aber schon jetzt fehlt es an Infrastruktur und Inspektoren. Besondere Schwierigkeiten sieht Robinson wegen der hohen Volumina in Spanien – es gibt keinen britischen Supermarkt oder Händler, der nicht Obst und Gemüse von dort bezieht. Und schon einige Stunden Verzögerung in einem Kontrollzentrum können bedeuten, dass ein LKW voll Salat nicht in der Gemüsekiste, sondern auf dem Kompost landet.

Robinson ist trotzdem vergleichsweise gelassen. Ab Ende April wird man sehen, wie die Kontrollen bei Milch- und Fleischprodukten funktionieren. „Entweder werden wir uns sehr bald an leere Regale gewöhnen müssen, oder die LKW werden einfach durchgewunken“, meint er. Besonders in einem Wahljahr eine durchaus wahrscheinliche Option.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin

## Nordirland und die Grenze im Meer

„Großbritannien“ ist die oft gebrauchte Verkürzung für das, was offiziell „Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland“ heißt. Es verschleierte die Tatsache, dass Nordirland trotz des Brexits Teil des gemeinsamen EU-Marktes ist. Der Grund dafür ist das Karfreitagsabkommen von 1998, das den nordirischen Bürgerkrieg beendete und besagt, dass es zwischen Nordirland und der Republik Irland eine offene Grenze geben muss. Damit britische Waren nicht unkontrolliert über Nordirland in die EU gelangen, galten deshalb für die Lieferung von Lebensmitteln, Zuchttieren und landwirtschaftlichen Produkten vom britischen Festland nach Nordirland dieselben Regeln wie für den Export in die EU. Konkret: Selbst ein Schinkensandwich brauchte eine Veterinärbescheinigung. Die Folge war, dass viele Firmen nicht mehr nach Nordirland lieferten. Nordirische Politiker sahen durch den Mangel an britischen Waren die Bindung an Großbritannien in Gefahr. Nach langen Verhandlungen mit der EU wurde im Februar 2023 die „Vereinbarung von Windsor“ unterzeichnet. Damit können jetzt britische Fleisch- und Milchprodukte ohne Kontrollen nach Nordirland geliefert und verkauft werden, wenn sie als „nicht für die EU“ gekennzeichnet werden. Um die Gleichstellung von Nordirland zu gewährleisten, gilt die Etiketten-Vorschrift ab Oktober für britische Waren in ganz Großbritannien. Für Firmen, die auch in die EU exportieren, verursachen Etikettierung und getrennte Lagerhaltung erhebliche Mehrkosten. Und in England schrecken viele Kunden vor dem Kauf von Produkten mit dem „Nicht für die EU“-Label zurück aus Sorge, sie könnten nicht denselben hohen Produktions- und Qualitätsstandards entsprechen.

ml